TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Europakomitee für Frieden und Freiheit

European Commitee for Peace and Freedom

Comitee Europeén des Turcs pour Paix et Liberte

Komiteya Aşîtiû Rizgari Tirkiye



September 1979

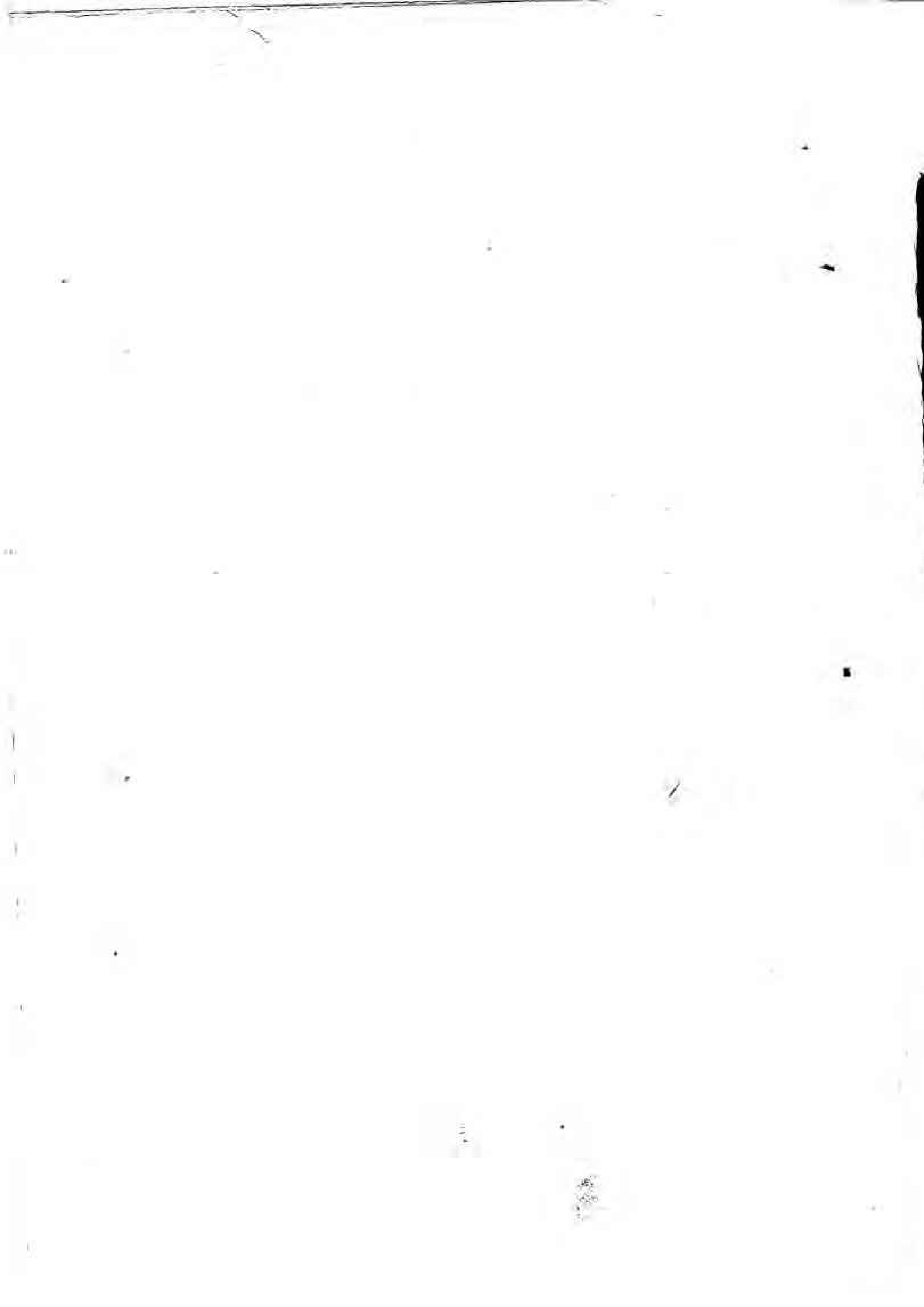
TÜRKEI HEUTE

TERROR und WAHLEN

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN



INHALT



Friedenswoche in der Türkei

Die Woche vom 1.-7.September wurde von der Friedensgesellschaft der Türkei als Friedenswoche deklariert.
In dieser Woche wurden in verschiedenen Städten der Türkei Foren und Veranstaltungen durchgeführt, auf denen die Politik der internationalen Reaktion und der NATO, sowie das Wettrüsten, aufs schärfste verurteilt wurden.
Gleichzeitig wurde die wertvolle Friedenspolitik der sozialistischen Staaten hervorgehoben und gefordert, den Kampf für Frieden und Abrüstung noch konsequenter zu führen.

An den Vernastaltungen in der westanatolischen Stadt Bursa namen Frauen- und Jugendverbände, Gewerkschaften und Künstlervereine teil. Auch eine Delegation aus der Sowjetunion unter Leitung von Kuturolov, konnte in Bursa begrüßt werden. Kurturolov betonte in seiner Rede, daß das Sowjetvolk den Krieg sehr gut kenne und der zweite Weltkrieg das Leben jedes vierten Sowjetbürgers gefordert hätte.

Der 1.September wurde in Istanbul auf einer Schiffsfahrt gefeiert. Das Schiff trug den Namen "Frieden" und befuhr drei Stunden lang den Bosporus.

In Eskişehir fand eine Massenveranstaltung statt, obwohl die Stadtverwaltung dies zu verhindern suchte. Die drei-köpfige Delegation aus der Sowjetunion wurde daran gehindert, an der Veranstaltung teilzunehmen.

In Ankara wurde von 24 demokratischen Organisationen eine Erklärung abgegeben. In dieser Erklärung wurde die türkische Regierung aufgefordert, mit allen sozialistischen Ländern Nichtangriffspakte abzuschließen und die Schlußakte von Helsinki endlich in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Neben der Friedensgesellschaft wurde der Friedenstag am 1.September auch von der "Türkischen Arbeiterpartei" (TIP), der "Türkischen sozialistischen Arbeiterpartei" (TSIP) und anderen demokratischen Organisationen gefeiert.

Türkei vor den Wahlen



Aus Milliyet vom 19.9.79

Unser Mitarbeiter M.Ali Ünsal wertete die Situation in der Türkei vor den Teilwahlen am 13.Oktober 1979 aus:

Seit dem 28.Juni, seit 3 1/2 Monaten also, befinden sich die beiden Kammern des Parlaments in den "großen Ferien". Diese Ferien werden voraussichtlich noch bis zum 20.Oktober andauern, oder genauer gesagt, bis die Ergebnisse der Teilwahlen bekannt gegeben sind.

Es wäre ungerecht, von den Herren Abgeordneten zu verlangen, sich gleichzeitig mit parlamentarischen Aufgaben, wie der Lösung dringender wirtschaftlicher und sozialer Fragen auseinanderzusetzen, während sie zwecks Stimmenfang für die Teilwahlen durch das ganze Land reisen - mit unverschämten, falschen Versprechungen!

Daß dies über vier Monate dauert, das spielt dabei für sie keine Rolle, es sei denn, die Bevölkerung würde sich Gedanken darüber machen, ob es nicht ohne dieses Parlament besser ginge - wenn sie die Geschicke des Landes in die eigenen Hände nehmen würde. Die Geschichte gibt uns Beispiele dafür.

Das türkische Parlament hat zwei Kammern. Der Senat hat 150 gewählte Mitglieder. Dazu kommen die sogenannten "natürlichen", auf Lebenszeit vom Staatspräsidenten eingesetzten Senatoren, 32 an der Zahl. Insgesamt sind es also 182. Der Senat hat vorwiegend beratende Funktion, bei der Regierungsbildung spielt die Sitzverteilung im Senat keine direkte Rolle.

Bei diesen Wahlen werden 1/3 der Senatsmitglieder, das sind 50 Senatoren und fünf Abgeordnete, neu gewählt. Letztere Sitze wurden frei, als sich die Abgeordneten durch einen natürlichen T in der heutigen Türkei eine Seltenheit - der parlamentarischen Arbeit, insbesondere der Abstimmungen, entzogen.

Das Abgeordnetenhaus mit seinen 450 Mitgliedern übt die eige liche Legislative aus.

Der "Abgeordnetenmarkt" hat seine Pforten noch nicht geschlossen und gerade nach diesen Teilwahlen werden die Geschäfte mit dem Kauf und Verkauf von Abgeordneten und deren Parteiei wechsel noch stärker blühen.
Somit wird der Markt zu einem Jahrmarkt. Es ist zu erwarten, daß dieser Jahrmarkt sich zu einer ständigen Einrichtung entwickeln wird und die gesamte Wahlperiode andauern wird, bis eine endgültige und grundsätzliche Veränderung im Parlament durchgeführt worden ist. (Wir berichteten ausführlich über diesen "Abgeordnetenmarkt"in TÜRKEI HEUTE, Ausgabe Juli/August 79, die Red.).

Auf diesem Jahrmarkt sah es im September folgendermaßen aus:
Am 9.September kehrte der CHP-Abgeordnete Zeydan, der erst kürzlich aus seiner Partei ausgetreten war, wieder in die CHP zurück
Am 20.September trat der stellvertretende Ministerpräsident Faruk Sükan, der einzige Vertreter seiner Ein-Mann-Partei DP (Demokratische Partei) im Parlament, von seinem Ministerposten zurück und schied somit aus der Regierung aus.
Am 30.September trat der Minister für Bau- und Wohnungswesen, Karaaslan, das angeblich "unabhängige trojanische Pferd" innerhalb der Regierung, zurück und verbleibt weiterhin so "unabhängig" wie bisher.

Am Vortage der Teilwahlen stieß der Regierung ein Unglück zu! Der amtierende Innenminister Güneş mußte aufgrund anonymer Denunziationen zurücktreten. Eine Boulevardzeitung ertappte ihn auf frischer Tat bei einem Besuch eines skandalumwitterten Filmsternchen! Er blieb jedoch Mitglied seiner Partei.
Am 9.Oktober trat A.Kaya aus seiner Partei, der "Nationalen Heilspartei" (MSP), mit der Begründung aus, er sei gegen die Versuche der AP und anderer rechter Parteien, die Regierung zu stürzen. Er wolle "unabhängig" bleiben, teilte er mit.Vermutlich wartet er lukrative Stellenangebot ab, einige Ministerposten sind ja noch unbesetzt!

Die Sitzverteilung veränderte sich in den letzten Monaten so häufig, daß niemand mehr weiß, wer wohin gehört. Am 13.Oktober, einen Tag vor den Wahlen, sah die Sitzverteilung so aus:

Republikanische Volkspartei	(CHP)	208
Gerechtigkeitspartei	(AP)	176
Nationale Heilspartei	(MSP)	22
Partei der nationalistischen Bewegung	(MHP)	17
Demokratische Partei	(DP)	1
Republikanische Vertrauenspartei	(CGP)	1
Ordnungspartei	(NP)	1
Unabhängige		16
Unbesetzt		8

Von den acht unbesetzten Sitzen werden nur fünf nachgewählt, da drei Abgeordnete kur vor den Wahlen verstorben sind. Die parlamentarische Arithmetik wird sich also auch nach den Wahler auf die Grundzahl von 446 Abgeordneten einrichten müssen (drei der Verstorbenen wurden nicht nachgewählt, der von der CHP gestellte Präsident des Abgeordnetenhauses hat kein Stimmrecht).

Für den Fall, daß die AP alle fünf Sitze gewinnen kann, wird es leicht für sie werden, die CHP-dominierte Regierung zu stürzen oder mittels der "Krisenstrategie"Demirels die Regierungskrise zugunsten der Reaktion zu verschärfen.

Obwohl bei den Teilwahlen keine grundsätzliche Kräfteverschiebung zu erwarten ist, lief die Wahlkampagne der bürgerlichen Parteien auf vollen Touren.



Demirel in der Wahlkampagne: Das Gewehr ist eigentlich gegen das Volk gerichtet

Demagogische Wahlkampangen

Die rechten Parteien wollen einen Regierungswechsel herbeiführen, koste es was es wolle.
Die AP und deren Vorsitzender Süleyman Demirel ließen keine Demagogie ungenutzt. Demirel kam und kommt es darauf an, diese nach seinen Aussagen "illegale" Regierung, zu stürzen. Zu den möglichen Alternativen befragt meint er, "jede Krise bringt ihre Lösung mit sich".
Eine neue Regierungsformel, wie die damalige "Nationalistische Front", die zusammen von AP, MHP und MSP gebildet worden war, scheint unwahrscheinlich zu sein, obwohl sich die MHP und teilweise auch die MSP grundsätzlich dazu bereit erklärt haben. Sie erklärten gleichzeitig, Demirel auch von Außen zu unterstützen, wenn es die Umstände erfordern würden.
Doch die 215 Abgeordneten dieser drei Parteien würden zur Bildung der Regierung nicht ausreichen. Sie müßten sich noch 11 weitere Abgeordnete, nach den Wahlen einige weniger, auf dem "Abgeordnetenmarkt" beschaffen.

Im Rahmen des Wahlkampfes wußte Demirel die Schwächen der Regierung, ihre wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Mißerfolge auszuschlachten. Auf allen Kundgebungen griff er demagogisch diese Mißerfolge auf, beklagte sich über die galoppierende Inflation und die ständig steigenden Lebenshaltungskosten, bzw. über die Verknappung der Grundbedarfsgüter. Er ging sogar soweit, die Politik des Nachgebens gegenüber des IWF und anderen ausländischen Finanzorganisationen, zu kritisieren. Damit versuchte er die Unzufriedenheit und Empörung der Bevölkerung in Stimmen für seine Partei umzuwandeln.

Die faschistische MHP und die religiös-fanatische MSP, von denen man erwartet, daß sie Stimmen an die AP verlieren werden, wetteiferten in diesem Wahlkampf mit Demirel in der Frage des IWF-Diktats, obwohl auch sie keine Alternative nennen konnten.

Auch die Großbourgeoisie nahm als Vertreterin der in- und ausländischen Monopole am Wahlkampf aktiv teil, nicht nur an der Seite Demirels. Ihr liegt eine sogenannte "Große Koalition" zwischen AP und CHP am Herzen, da eine solche Koalition neben dem Kriegsrecht günstige Bedingungen schaffen würde um den Lohnkampf der fünfhunderttausend Arbeiter in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen zu unterdrücken.

"Der Unternehmerverband, die gelbe Gewerkschaft Türk-iş und die ... planen ein gemeinsames Vorgehen, um die CHP-dominierte Regierung zu schwächen und zu stürzen", so schrieb die Tageszeitung "Politika" am 27.8.79.

Es sind dieselben Kreise, die kurz vor den Wahlen die Diskussion über eine "Übergangsregierung", oder ein "Übergangsregime" nach dem Muster der reaktionären "Übergangsregierung" nach dem Militärputsch am 12.März 1971, in Gang setzten.

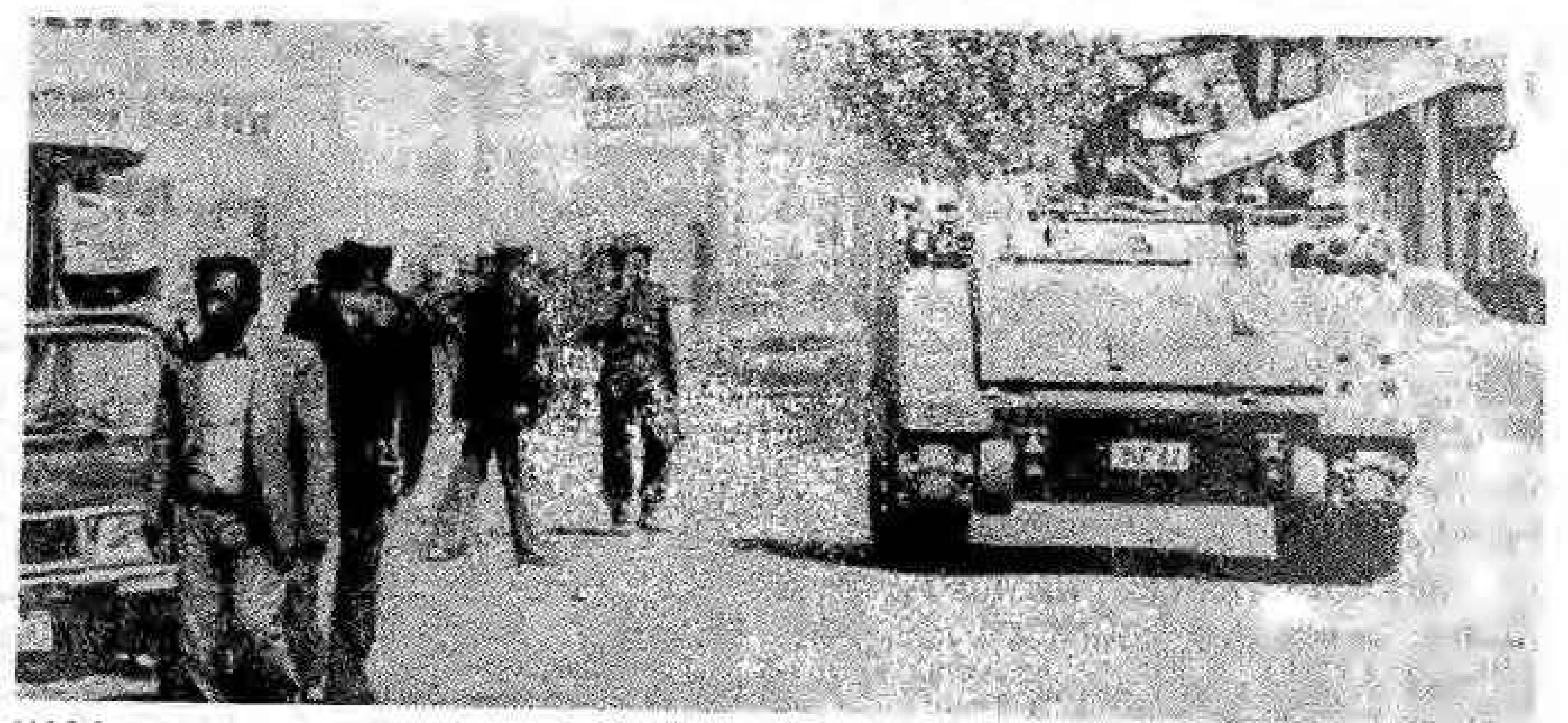
Obwohl sich die bürgerlichen Parteien CHP, AP, MSP und die faschistische MHP aus wahltaktischen Gründen gegen eine solche "Übergangsregierung" ausgesprochen haben, hätten sie doch grundsätzlich nichts gegen eine solche einzuwenden.

MASSIVER MILITÄREINSATZ IN DEN WAHLEN

Obwohl die Abgeordneten des Parlaments nichts so sehr lieben wie ihre Ferien, so sind sie doch zu einer Unterbrechung dieser bereit, wenn es um die Abstimmung über das Kriegsrecht geht.

Am 21.August wurde das Kriegsrecht zum vierten Mal verlängert, sodaß die Teilwahlen unter den Bedingungen des Kriegsrechts statt finden müssen.

Am nächsten Tag nach Verlängerung des Kriegsrechts, wurde der Verband der Angestellten des Gesundheitswesens, TÜS-DER, geschlossen ihr Generalsekretär verhaftet.
In der Nahost-Universität ODTÜ wurden 488 Studenten verhaftet.
Die 42köpfige Delegation der Teilnehmer des Friedensmarsches c Ankara, die die Schließung der MHP forderten, wurden verhaftet, nachdem sie mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Hikmet Çitin gesprochen hatten.
Am 29.September wurden 300 Teilnehmer einer Protestdemonstratio des Lehrerverbandes TÖB-DER verhaftet.
In den letzten 22 Monaten hat die Regierung 27 Streiks auss z lassen, die meisten unter Zuhilfenahme des Kriegsrechts. Somit leistet das Kriegsrecht seinen Dienst im Interesse des Kapitals gegen die Werktätigen und ihre demokratischen Organisationen.
Am 14.Oktober, am Wahltag, werden in den 29 Provinzen des Lan in denen gewählt wird, ein Kontingent von 200.000 Soldaten e gesetzt. Die Streitkräfte werden in Alarmbereitschaft gesetz



Militärpanzer gehören zu alltäglichen Straßenszenen wie hier in der ostanatolischen Stadt Kars

---

Am 29.September erklärte Ecevit auf einer Wahlkundgebung:
"Die MHP hat zehntausende Jugendliche jahrelang in den Lagern gedrillt, ihre Herzen mit Haß gefüllt, Waffen in ihre Hände gegeben, sie zu kriminellen Taten angestachelt und Menschen töten lassen" (Politika, 30.10.79).

Trotz dieser scheinbar eindeutigen Worte Ecevits traf seine Regierung keinerlei tiefgreifende Maßnahmen, um gegen die faschistische Partei vorzugehen.. Stattdessen führte sie einen harten Kampf gegen alle fortschrittlichen Kräfte des Landes.

Die "Kampfwoche gegen den Faschismus" war auch für die Regierung ein erfolgreiches Lehrstück, wie man der Eskalation des Faschismus entgegenzutreten hat. Die CHP-Führung verbot ihren Mitgliedern an den antifaschistischen Aktionen teilzunehmen. Trotz dieses Verbots nahmen jedoch zahlreiche CHP-Mitglieder an den Veranstaltungen teil.

Die CHP Ecevits hat die 2jährige Probe nicht bestanden. Vor den allgemeinen Wahlen hatte sie vieles versprochen, doch keine der Versprechungen verwirklicht. Dazu war sie mit der jetzigen Führung nicht in der Lage. Weder die CHP noch Ecevit sind heute mehr eine "Hoffnung für die breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung.
Das herrschende Kriegsrecht, die wirtschaftliche und außenpolitische Ohnmacht der Regierung gegenüber den imperialistischen Kreisen, die doppelbödige Haltung gegenüber der Terrorwelle und der Eskalation des Faschismus, werden sich als Stimmenverluste für die CHP niederschlagen.

Neuerdings benutzt die CHP-Führung den aus der BRD importierten Begriff "freiheitlich, demokratische Grundordnung". Was sie jedoch darunter versteht, demonstrierte unter anderem die Vorsitzende des Frauenausschusses der CHP Güner Gürpinar.

Als der Wahlbus in einem kleinen westanatolischen Dorf anhielt, sah sie ein Bauernmädchen ein Transparent mit der Aufschrift "Wiedereröffnung der IKD" (Progressiver Frauenverein) tragen. Daraufhin "stieg sie voller Wut aus der Vordertür des Busses mit den folgenden Worten aus: 'Ich werde es ihr schon zeigen'. Mit Hilfe einem der Ordner riß sie dem Mädchen das Transparent aus den Händen und zertrat es. Wir alle waren völlig überrascht. Auch das Mädchen. Sie hob jedoch das Transparent erneut auf und hielt es so lange hoch, bis der Bus abfuhr", so schrieb der Kolumnist Ö.Öymen in der Tageszeitung Milliyet am 27.9.79.

Von der CHP-Provinzorganisation in Istanbul erging der Befehl an ihre Wahlaufseher, daß aus den insgesamt 7000 Wahlurnen je zwei Stimmen von den für die unabhängige Senatskandidatin Frau Bakiye Beria Onger abgegebenen Stimmen zu verschwinden haben. Das sind also 14 000 Stimmen, die auf diese Weise unter den "Tisch" fallen sollten. Aus Protest gegen diesen Befehl traten

im Wahlbezirk Beyköz in Istanbul mehrere führende CHP-Mitglieder aus der Partei aus.
Die bürgerlichen Parteien waren sich in diesem Wahlkampf darin einig, über die Tatsache zu schweigen, daß demokratische Rechte und Freiheiten auch in Zukunft mit den Füßen getreten werden sollen. Genauso wie sie schweigen, wenn heute diese Rechte immer mehr zurückgedrüngt werden.
Aufgabe der demokratischen Massenorganisationen ist es, dieses Schweigen zu durchbrechen.

Mehrere Massenorganisationen unterstützten die in Istanbul für einen Senatssitz kandidierende unabhängige Kandidatin Frau Bakiye Beria Onger. Sie ist die Vorsitzende des kürzlich ohne Begründung durch die Kriegsrechtsbehörden verbotenen Progressiven Frauenvereins IKD. Trotz aller Repressalien seitens der Kriegsrechtskommandantur führte sie einen aktiven Wahlkampf in allen Stadtteilen Istanbuls. Ihr Wahlprogramm beinhaltet die Verteidigung der Interessen der werktätigen Bevölkerung. Sie setzt sich konsequent ein gegen Faschismus und Imperialismus, für Frieden und Verteidigung, sowie Erweiterung der demokratischen Grundrechte.

Auch die Kommunistische Partei der Türkei, die KPdT, die immer noch in der Illegalität kämpft, nahm trotzdem aktiv an der Wahlkampagne teil. In Istanbul unterstützte sie Frau Beria Onger. Die KPdT rief anläßlich der Wahlen unser Volk auf, den bürgerlichen Parteien keine Stimme zu geben, sondern die fortschrittlichen Kandidaten zu wählen, gleich welcher Partei sie angehören würden, wenn sie sich konsequent für die Verteidigung der Interessen der werktätigen Bevölkerung einsetzen.
In dem Aufruf der KPdT vom 17.9.79 heißt es:

AUFRUF DER KPdT

(Aus Durum, Informationsbulletin der KPdT vom 17.9.79)

Liebe Mitbürger!
Unterstützt die progressiven Wahlkandidaten!
Keine Stimme den Helfern des Imperialismus und ihren Kollaborateuren!

Am 14.Oktober 1979 finden die Teilwahlen zur Nationalversammlung und zu einem Drittel des Senats statt.
Diese Wahlen finden statt unter den Bedingungen des Kriegsrechts

und undemokratischen Verhältnissen. Der Druck auf die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Kräfte nimmt zu. Die Faschisten verstärken ihre Angriffe. Die Absicherung der Wahlen ist nicht gewährleistet.

Neben der reaktionären Änderung des Wahlgesetzes werden den sozialistischen Parteien und den unabhängigen Kandidaten weitere Hindernisse seitens der Kriegsrechtsorgane in den Weg gelegt. Das Verbot der KPdT wird aufrechterhalten.

Vor den Wahlen hat sich der imperialistische Druck auf unser Land entscheidend verstärkt, die politische und ökonomische Abhängigkeit wird weiter ausgebaut. Neue US-Einheiten werden auf den US-Militärbasen stationiert.

Der Einfluß militärischer Kreise auf die Regierung wächst an, deren Politik im Interesse der NATO die Gefahr des Faschismus vorantreibt.

Die großen Konzerne erleben goldene Tage, doch die Lebensbedingungen des Volkes verschlechtern sich. Die Kompradorenbourgeoisie und die einheimischen Monopole versuchen die Krisenlasten auf den Rücken der Werktätigen abzuwälzen und die Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Dies geschieht vor dem Hintergrund der anstehenden Tarifauseinandersetzungen, der Massenentlassungen und der Verschlechterung der Lage der Bauern. Auch die Mittelschichten sind immer mehr von der ökonomischen Krise betroffen.

Die bürgerlichen Parteien haben kein Programm zur Verteidigung der nationalen Interessen und zur Behebung der kapitalistischen Krise. Sie können den Weg zu einem besseren Leben nicht zeigen.

Die "Gerechtigkeitspartei" (AP) und die faschistische "Partei der nationalistischen Bewegung" (MHP) nutzen die Politik der Regierung aus, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Wahlstimmen für ihre Parteien umzumünzen. Sie bereiten den Regierungsumsturz vor.

Die herrschenden Kreise bemühen sich fieberhaft, eine Koalition zwischen der AP und der "Republikanischen Volkspartei" (CHP) Ecevits zustande zu bringen. Die CHP, die seit zwei Jahren keine ihrer Versprechen verwirklicht hat, die sich eindeu-

tig gegen die Linke stellt und die MHP legalisiert, zieht eine Zusammenarbeit mit der AP vor.

Diese Haltung der Regierung sowie die fehlende Aktionseinheit der linken Kräfte stärkt die Positionen der reaktionären Kräfte und begünstigt deren Manöver.

Die KPdT beteiligt sich zwar nicht an den Wahlen, unterstützt jedoch aktiv die Wahlkampagne. Unter den jetzigen Bedingungen wird eine Veränderung des Parlaments zugunsten des Volkes nicht möglich sein. Die Wahlen werden keinen Ausweg aus der unser Land bedrückenden Krise bringen.

Die KPdT sieht die Bildung der Nationalen demokratischen Front und die Verwirklichung der demokratischen Rechte und Freiheiten als einzigen Ausweg aus der Krise an. Die Wahlen machen es möglich, die reaktionär-faschistischen Kräfte zurückzudrängen. Dies geschieht jedoch nicht nur am Wahltag. Der Wahlkampf muß einmünden in breite antifaschistische, antiimperialistische Aktionen der demokratischen Kräfte, in den Kampf der Arbeiter und werktätigen Klassen für ihre elementaren Rechte.

Der Vorschlag der KPdT, sich mit allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften auf gemeinsame Wahlkandidaten zu einigen, konnte aufgrund der ablehnenden Haltung verschiedener sozialistischer und demokratischer Kreise nicht verwirklicht werden. Dies ist ein Faktor der dazu beiträgt, daß die fortschrittlichen Tendenzen und Meinungen des Volkes keinen Niederschlag im Parlament finden werden.

Die KPdT ruft alle Demokraten zur Aktionseinheit auf, um die faschistische Gefahr zurückzudrängen und Aufklärung über die Politik der CHP zu schaffen.
Die KPdT ruft unser Volk dazu auf, ihre Unterstützung den Kanditaten zu geben, die die antifaschistischen und antiimperialistischen Interessen des Volkes verteidigen.
Jede Stimme für die Kandidaten der "Türkischen Arbeiterpartei" (TIP), der "Türkischen Sozialistischen Arbeiterpartei" (TSIP), der CHP, der kurischen Demokraten, der Unabhängigen Kandidaten, die diese Forderungen unterstützen und verteidigen, wird eine Stimme gegen die reaktionären Kräfte sein.

Forderungen

- Aufhebung des Verbots gegen fortschrittliche Verlage!
- Aufhebung der Paragraphen 141 und 142 und aller anderen antidemokratischen Gesetze!
- Freiheit für die KPdT!
- Schluß mit der Unterdrückung des kurdischen Volkes!
- Verbot der MHP, Verbot der faschistischen Brutstätten!
- Faschistische Mörder müssen vors Gericht!
  Säuberung des Staatsapparates von Faschisten!
- Erhöhung der Löhne und Gehälter!
- Erhöhung der Basispreise für Produkte der Kleinproduzenten!
- Schluß mit den Preissteigerungen!
- Senkung der Mieten!
- Besteuerung der Monopole!
- Für das Recht auf Generalstreik und Referendum!
- Schluß mit den Entlassungen! Für die Sicherung der Arbeitsplätze! Für eine demokratische Bodenreform!
- Raus aus der NATO! Schließung der NATO- und US-Basen!
  Nieder mit den bilateralen Verträgen! Schluß mit dem IWF-Diktat! Schluß mit dem Diktat der EWG und der imperialistischen Monopole!
- Schluß mit dem Wettrüsten!
- Für die Sicherung des Friedens und der Sicherheit in unserer Region und in der Welt!
  Für die Freundschaft mit der Sowjetunion und allen Nachbarländern!
- Aufhebung des Kriegsrechts!
  Aufhebung des Verbots der IKD (Progressiver Frauenverein) und des TÜS-DER (Verband der Angestellten im Gesundheitswesen)!
  Aufhebung des Verbots gegen alle demokratischen Vereine und Organisationen!
- Für eine antiimperialistische, blockfreie, friedliche Außenpolitik!

* * *

"DIE LETZTE STUNDE"

Am 15. Oktober lagen die vorläufigen Endergebnisse der Wahlen vor. Danach stellt die AP alle fünf der zu wählenden Abgeordneten und hat insgesamt 181 Sitze im Abgeordnetenhaus. In den Wahlen zum Senat gewann die AP 33, die CHP 12, die MSP 4 und die MHP 1 Sitz, insgesamt 50 Sitzen, das sind 1/3 des Senats.

Nach den vorläufigen Endergebnissen hat die AP in 29 Wahlkreisen ihre Stimmen erheblich erhöhen können. Die CHP erlitt eine Wahlniederlage, die als Reaktion der Bevölkerung auf die abhängige Außen,- innen,- und Wirtschaftspolitik gewertet werden muß. Der Stimmenanteil der CHP sank von 42%(1977) auf 29%.

Es wird vermutet, daß die Ecevit-Regierung in den nächsten Tagen zurücktritt.. Ob die Rechtsparteien mit ihren 223 Sitzen erneut versuchen wird, eine "Nationalistische-Front"-Regierung zu bilden, ist fraglich. Bisher haben sich sowohl Demirel als auch die MSP von solchen Versuchen distanziert.

Mit Sicherheit jedoch wird Demirel mittels seiner "Krisenstrategie" versuchen, die Regierung zu stürzen. Es wird vermutet, daß die großbürgerlichen Kreise ihre seit langem ausgebrütete Formel der "großen Koalition" auf die Tagesordnung stellt. Demirel wäre damit in dem Moment einverstanden, wenn damit die allgemeinen Wahlen - für 1981 im Herbst angesetzt - auf das Frühjahr 1980 vorverlegt werden würden. Er hatte dies mehrfach angedeutet.

Auch die unabhängigen Kandidaten und Linksparteien haben trotz fehlender gemeinsamer Aktionen und Kandidaten in diesen Wahlen beachtliche Stimmenanteile dazugewonnen. Diese Stimmen bringen die Suche nach einer Alternative zum Ausdruck, die die CHP weder aufzeigen wollte noch konnte. Wären nach dem Vorschlag der KPdT gemeinsame Wahlkandidaten aufgestellt worden, dann hätten die Stimmen für die Linksparteien und unabhängigen Kandidaten für 2 - 3 Sitze ausgereicht. Ihr Erfolg jedoch, den sie trotz undemokratischer Wahlverhältnisse verbuchen konnten, wird sich auch in den nächsten Wahlen niederschlagen.

Kampfwoche gegen den Faschismus



Die Zeit vom 18.-26.August wurde in der Türkei von den demokratischen Organisationen zur "Kampfwoche gegen den Faschismus" erklärt.
Unter den Losungen "Verbot der MHP" (der "Partei der Nationalistischen Bewegung"), "Sicherung des Lebens" sowie "Verbot der faschistischen Tarnorganisationen" fanden am 18.8. in 40 Städten der Türkei Demonstrationen und Kundgebungen statt.

Viele der angekündigten Demonstrationen wurden von Behörden und den Kriegsrechtskommandanturen verboten. Aber auch dort, wo das Kriegsrecht verhängt ist, fanden "Blitzdemonstrationen" (illegale Demonstrationen) statt und wurden Bilder des Faschistenführers Oberst Türkeş verbrannt.

Die Demonstrationen fanden in den Städten Edirne, Diyarbakir, Uzunköprü, Lüleburgaz, Seydişehir, Zonguldak, Gaziantep, Eskişehir, Bursa, Ordu, Torbali, Zile, Tural, Iskenderum sowie in den Vorstädten von Ankara und Istanbul statt. Diese Demonstrationen wurden von der Bevölkerung begeistert unterstützt.

An den antifaschistischen Aktionen nahmen Gewerkschaften der DISK (Konföderation der progressiven Arbeitergewerkschaften) und der TÜRK-IŞ (Konföderation der Türkischen Arbeitergewerkschaften), TÖB-DER (Türkischer Lehrerverband), IGD (Progressiver Jugendverband), IKD (Progressiver Frauenverband) und andere demokratische Organisationen und Berufsverbände teil.

In verschiedenen Orten erklärten sich die sozialistischen Parteien wie TIP (Türkische Arbeiterpartei) und TSIP (Türkische Sozialistische Arbeiterpartei) mit den Aktionen solidarisch und unterstützten diese.

Die Jugendorganisation der CHP (Republikanische Volkspartei unter Führung Ministerpräsidenten Ecevits) nahmen ebenfalls an verschiedenen Orten an den Demonstrationen teil, gegen den Druck der CHP-Führung.

In Izmir wurde von der Metallarbeitergewerkschaft Maden-iş eine Unterschriftenaktion gestartet, die auf ein großes Echo stieß.

Die antifaschistischen und progressiven Kräfte wurden während der Demonstrationen von Polizei, Faschisten und Maoisten angegriffen.

Hüseyin Ateş, Mitglied der IGD, wurde in Istanbul erschossen, während er Plakate klebte.
Polizei und faschistische Kräfte versuchten die Veranstaltungen zu verhindern.

In Istanbul wurden verschiedene Büros der IGD von der Polizei überfallen und die Mitglieder des Vereins bedroht.
In Ankara wurden zehn Teilnehmer der Demonstration verhaftet.
In Konya wurden drei progressive Personen von der Polizei verhaftet.
In Kayseri terrorisierten faschistischen Banden die Stadt und griffen fortschrittliche Jugendliche an.
Die blutigsten Angriffe der Reaktion fanden in Izmit statt. Dort wurde die angekündigte Demonstration vom Stadtgouverneur verboten, ohne Begründung. Die Zusammenarbeit zwischen Stadtgouverneur, Polizeipräsident und den Faschisten ist offensichtlich:
Die sich trotz des Verbot versammelnden progressiven Kräfte wurden von Faschisten angegriffen. Dabei wurde das Vorstandsmitglied der IGD erstochen. Ein Polizeiwagen fuhr absichtlich einen der De-

monstrationsteilnehmer an. Hunderte Menschen protestierten vor dem Gebäude des Stadtgouverneurs gegen dieses Vorgehen der rechten Kräfte und forderten das Verbot der MHP, die Verhaftung von Faschistenführer Türkeş und den Rücktritt des Gouverneurs.

Höhepunkt der "Kampfwoche gegen den Faschismus" war der große "Marsch nach Ankara", der von verschiedenen Städten aus am 26.8. durchgeführt wurde. Die Delegationen der verschiedenen Städte wurden auf dem Weg nach Ankara begeistert begrüßt.
Ministerpräsident Ecevit lehnte es ab, mit 42 Delegierten der



An der "Kampfwoche gegen den Faschismus" nahmen überall auch tausende vun Frauen teil

Demonstration zu sprechen. Lediglich seinem Stellvertreter Hikmet Çetin konnte die Forderung von hunderttausenden von Menschen nach Verbot der faschistischen MHP vorgelegt werden.
Nach dieser Besprechung wurden die Mitglieder der Delegation verhaftet und erst nach Protesten verschiedener demokratischer Organisationen wieder freigelassen.

Damit hat die CHP-Regierung bewiesen, daß es ihr um die Verhandlung und Legalisierung der MHP und antidemokratischer Kräfte geht. Sie übt einen starken Druck auf die demokratischen und antifaschistischen Kräfte aus und spricht das Verbot gegen demokratische Massenorganisationen aus.

Auch in den Massenmedien wurde dieses Vorgehen kritisiert. Denn die antifaschistischen Aktionen wurden von breiten Teilen der Bevölkerung unterstützt.

Der Erfolg der Aktionen ist der organisierten und kampfentschlossenen Arbeiterklasse und den demokratischen Organisationen zuzuschreiben, die gestärkt aus diesen hervorgingen.

Demonstrationen in Europa

Auch in der BRD und Westberlin übten die Arbeiter aus der Türkei Solidarität mit ihren Klassenbrüdern. Unter der Führung von FIDEF (Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD) fanden in verschiedenen Städten des Bundesgebietes, wie z.B. München, Stuttgart, Gelsenkirchen, Frankfurt, Mannheim, Mainz und auch in Westberlin Demonstrationen statt.

Tausende von Demonstrationsteilnehmern forderten die Bundesregierung auf, ein sofortiges Verbot der MHP, sowie deren Tarnorganisationen der Idealistenvereine und der Grauen Wölfe zu erlassen. Auch die türkische Regierung wurde aufgefordert, ein solches Verbot durchzusetzen.

Der türkischen Botschaft in Bonn wurde von FIDEF ein Brief an Ministerpräsidenten Ecevit übergeben, in dem das Verbot der MHP gefordert wurde. Weiter wurde in dem Brief auf die Gefahr des Faschismus hingewiesen und betont: "Die demokratischen Kräfte im Inland sowie im Ausland erwarten von Ihrer Regierung, daß sie wirksame Maßnahmen gegen die Gefahr des Faschismus treffen. Ein wirksames Vorgehen gegen die Mörder, die frei herum laufen, gegen die MHP-Funktionäre, muß die historische Verantwortung Ihrer Regierung sein. Wir kennen den blutigen Terror der MHP und ihrer Mitglieder in der BRD ganz aus der Nähe. Aus diesem Grund schliessen wir uns der Forderung nach einem Verbot der MHP und ihrer fa-



In elf Städten der BRD demonstrierten tausende von Demokraten aus der Türkei gegen den faschistischen Terror in der Türkei

---

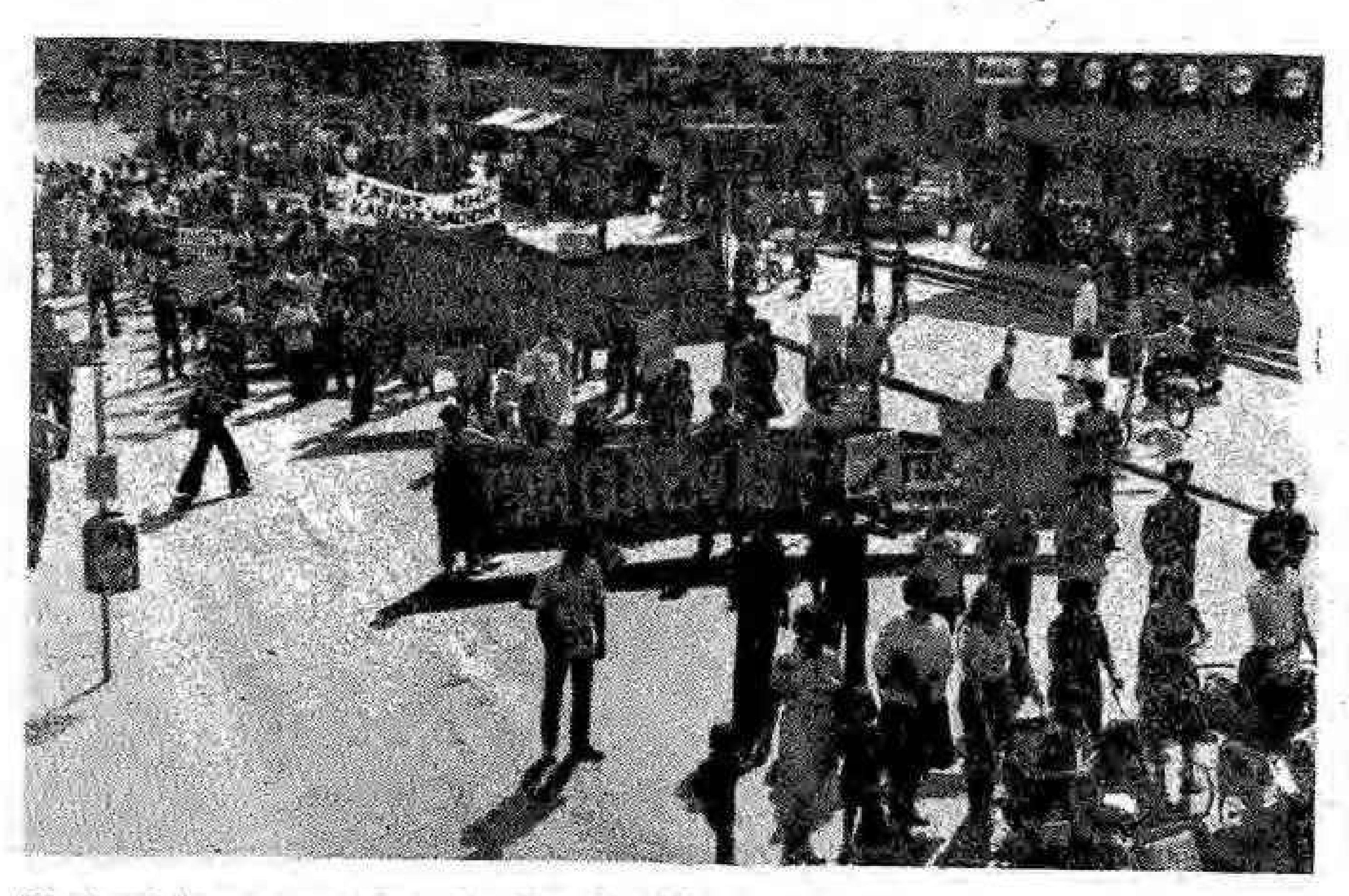
schistischen Tarnorganisationen, der "Föderation der Idealistenvereine" an.
Wie ist es zu erklären, daß die demokratischen Organisationen von Ihrer Regierung, die sich nach außen so zeigt, als ob sie die Demokratie verteidigen würde, verfolgt werden, während die Killertruppen frei herumlaufen und neue mörderische Pläne vorbereiten.
Der Druck des Kriegsrechts, das in 19 Provinzen verhängt wurde, ist gegen die progressiven Kräfte gerichtet, wie zum Beispiel gegen die Organisationen IGD und IKD. Diese Organisationen wurden durch das Kriegsrecht verboten.
Die Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, die vom faschistischen Mussolini-Regime übernommen wurden, verbieten die Kommunistische Partei der Türkei. Diese Paragraphen treten die Demokratie mit Füßen und fördern den Mut der Faschisten.

In dieser Situation bringen wir, die demokratischen Organisationen, unsere Solidarität mit den demokratischen und Friedenskräften der Türkei zum Ausdruck.

Vorsitzender der FIDEF Hasan Özcan.

Dieser Brief wurde unterschrieben unter anderem von:

Deutsche Friedensunion, Vereinigung demokratischer Juristen, Sozialistischer Hochschulbund, Deutsche Jungdemokraten, Liberaler Hochschulverband, MSB Spartakus, SDAJ, Prof.Dr.Abendroth, Hans Werner Wurstius(Bezirkssekretär der IG Druck und Papier in Hessen), Emil Carlebach (stellvertretender Landesvorsitzende der VVN, Bund der Antifaschisten, von Hessen), Peter Gingold (Mitglied des internationalen Ausschwitz-Komtees), Jörn Lutzkat (Ortsvorsitzender der SPD Hofheim), Manfred Kaufmann (Stadtverordneter in Hofheim), Manfred Gottier (Gesamtpersonalrat in Frankfurt), Michael Pilkram (DGB-Rechtssekretär in Mainz), Mink (DGB-Rechtssekretär in Mainz), Wilfrid Lang (Betriebsrat bei Opel, Rüsselsheim), Lilo Ramacher (DGB-Sekretär in Mainz), Detlef Lüderwaldt (Geschäftsführer des Initiativausschusses ausländischer Mitbürger in Hessen).



Ptotestdemonstration in Westberlin

* * *

Kurtuluş 60 JAHRE ALT



Am 15.September 1979 wurde das 60jährige Bestehen der türkischen sozialistischen Arbeiterzeitung "Kurtuluş" in der Westberliner "Neuen Welt" gefeiert.

Die über 700 Gäste, die zu diesem "Kurtuluş"-Abend gekommen waren, bewiesen eindrucksvoll, das die kämpferischen Traditionen dieser Arbeiterzeitung auch heute weiterleben.

"Kurtuluş" (Befreiung) wurde 1919 zum ersten Mal in Berlin,unter der Leitung von Ethem Nejat - dem Mitbegründer der Kommunistischen Partei der Türkei - herausgegeben.

In dieser Zeit waren tausende türkischer Arbeiter vom osmanischen Reich nach Deutschland geschickt worden, um hier in der Kriegsproduktion zu arbeiten. Viele von ihnen lernten in harten Klassenauseinandersetzungen den Marxismus-Leninismus ken-

nen und kämpften Schulter an Schulter mit den Spartakisten auf den Barrikaden der Novemberrevolution. Sie erhielten den Namen "Türkische Spartakisten".

Dieser Kader spielten bei der Gründung der KPdT im Jahre 1920 eine wesentliche Rolle.

Vor zehn Jahren wurde "Kurtuluş" erneut in Westberlin herausgegeben. Sie erscheint seitdem zweimal monatlich und wird von vielen Arbeitern aus der Türkei gelesen.

Am 15.September wurde in der festlich geschmückten "Neuen Welt" ein eindrucksvolles Programm gezeigt. Angefangen mit den Darbietungen der Kinderfolkloregruppe sang dann der Türkische Arbeiterchor unter Leitung von Tahsin Incirci mitreißende Arbeiter- und Protestlieder. Die Rede, die im Auftrag der "Kurtuluş"-Redaktion gehalten wurde, wurde mit großem Enthusiasmus und Begeisterungsstürmen aufgenommen. Immer wieder wurde in Sprechchören "Freiheit für die KPdT" gefordert.
Die Volkssängerin Sümeyra, weitere Folklore und der eindrucksvolle Film über den 1.Mai 1979 in Izmir ließen den Abend ausklingen. Es war ein politischer Anlaß, der politisch gefeiert wurde.

* * *

POLIZEILICHE REPRESSALIEN GEGEN DEMOKRATEN AUS DER TÜRKEI

In den frühen Morgenstunden des 24.September wurde in die Räume des "Türkischen demokratischen Arbeitervereins e.V." am Paul-Lincke-Ufer in Kreuzberg von Beamten der Polizei und des Staatsschutzes eingebrochen.

Zur gleichen Zeit drangen bewaffnete Polizisten in die Wohnungen von drei Mitgliedern des Vereins ein, durchsuchten sie und führten die Mitglieder in Handschellen ab. Einer von ihnen, der zu dieser Zeit auf seiner Arbeitsstelle war, wurde vom Arbeitsplatz geholt und mit Handschellen abgeführt.

In der Begründung des Durchsuchungsbefehls des Amtsgerichtes Tiergarten heißt es dazu, daß es sich um die "Auffindung von Beweismitteln" in den Vereinsräumen, und für die Festnahme der Mitglieder des Vereins, um "Mordverdacht" gehe.

Im polizeilichen Protokoll heißt es dazu, daß in den Vereinsräumen lediglich ein Messer mit Holzgriff (ein Brotmesser) gefunden und mitgenommen wurde.

Laut Angaben der Polizei soll im August dieses Jahres eine Schlägerei mit "Grauen Wölfen" stattgefunden haben, bei der eine Person schwer verletzt worden sei. Angeblich sollen die drei Mitglieder des Vereins in diese Schlägerei verwickelt gewesen sein. Es liege, so die Polizei, eine entsprechende Anzeige vor.

Der "Türkische demokratische Arbeiterverein" veröffentlichte zu diesen Vorfällen eine Erklärung, in der es unter anderem heißt: "Wir sind der Ansicht, daß die Polizei alles andere als Waffen bei den demokratischen türkischen Vereinen gesucht hat. Bereits am 14.September wurden unter diesem Vorwand zwei türkische Vereine von Polizei und Staatsschutz durchsucht, zehn Tage später erfolgte die "große Razzia" in unserem Verein.
Denunzierungen seitens der "Grauen Wölfe" geht die Polizei mit verschärften Maßnahmen nach, während gegenüber den Terroraktionen der "Grauen Wölfe" und ihrer Tarnoraanisationen keinerlei Reaktionen seitens der Behörden erkennbar sind. Überall laufen Mörder, die in der Türkei steckbrieflich gesucht werden, frei herum und erhalten sogar "politisches Asyl"!

Den Versuch der Polizei, uns als "Terroristen" zu diffamieren und unsere Mitglieder einzuschüchtern, werden wir entschieden entgegentreten. Wir protestieren hiermit gegen das Vorgehen der Polizei und des Staatsschutzes und rufen alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte auf, sich mit den fortschrittlichen Türken zu solidarisieren und weitere Aktionen der Polizei dieser Art zu verhindern."

Die drei verhafteten Mitglieder des Vereins wurden über 10 Stunden von der Polizei festgehalten, verhört und unbekannten Personen zur Identifikation vorgeführt. Bei diesen "Zeugen" handelt es sich offensichtlich um "Graue Wölfe".

* * *

30 JAHRE DDR, EIN ANSPORN

Der 30jährige erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der DDR fand auch bei den Arbeitern aus der Türkei in der Bundesrepublik und Westberlin große Anerkennung. An dem konkreten Beispiel der DDR sehen die Arbeiter aus der Türkei unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen ihre Probleme gelöst werden könnten. Sie haben die Möglichkeit, beide Gesellschaftssysteme zu vergleichen. Um die sozialistische Entwicklung der DDR näher kennenzulernen, veranstalteten verschiedene Arbeitervereine und Organisationen Informationsabende, auf denen über die Geschichte und aktuelle Situation in der DDR berichtet und aufgeklärt wurde. Am 7.Oktober 1979 veranstaltete auch der "Türkische demokratische Arbeiterverein" einen Informationsabend, auf dem Dias gezeigt wurden und damit der sozialistische Aufbau und die Lebensweise in der DDR geschildert wurden. Der Verein schickte folgende Grußadresse:

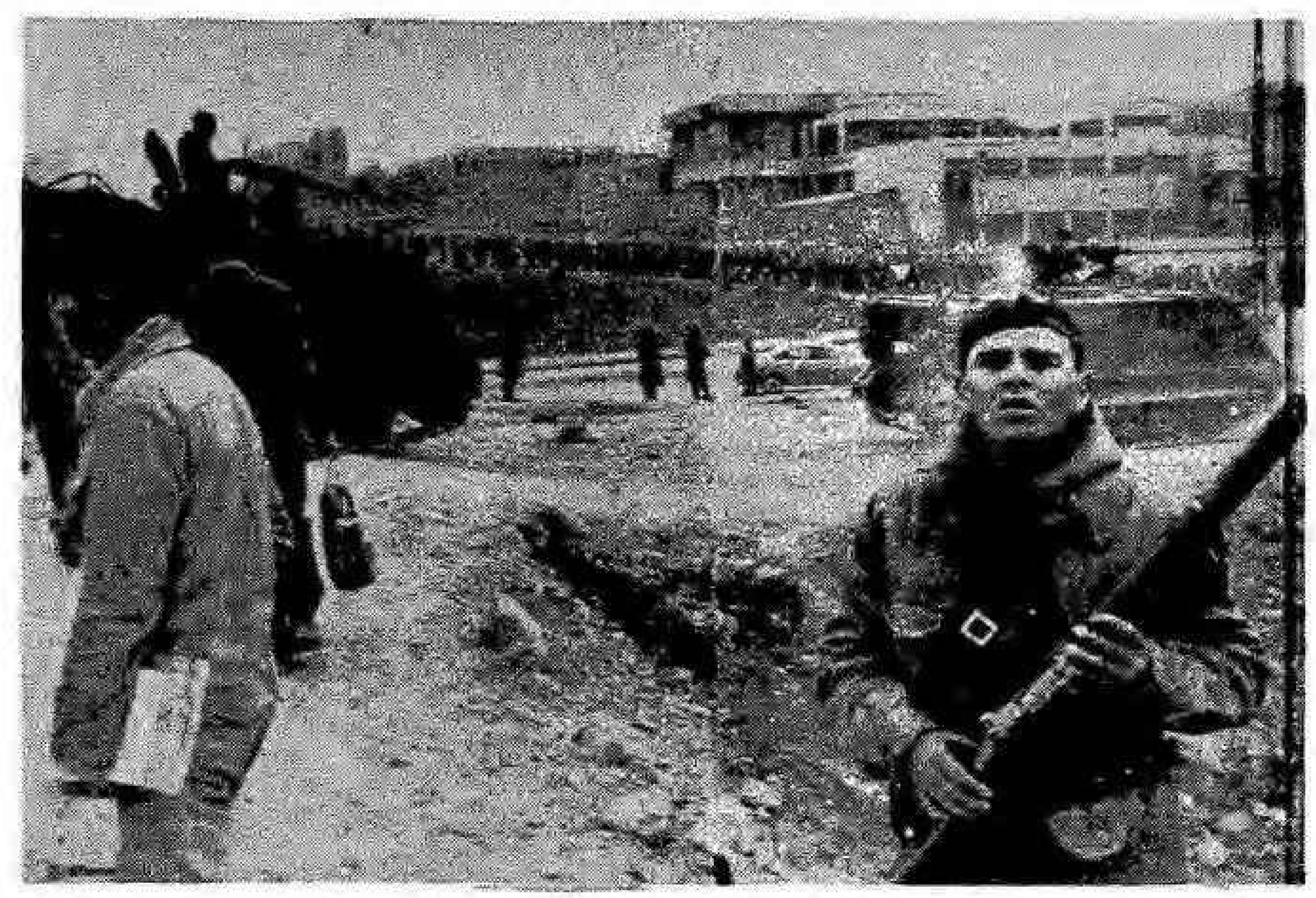
An Herrn
Erich Honecker
Generalsekretär des ZK der SED und
Vorsitzender des Staatsrates der DDR

Sehr geehrter Herr Honecker,
Aus Anlaß des 30.Jahrestages der DDR möchten wir Ihnen unsere herzlichsten Grüße und Glückwünsche übermitteln.
Von der 30 jährigen Entwicklung der DDR sind auch wir, die türkischen Arbeiter in Westberlin zutiefst beeindruckt, da wir am Beispiel der DDR die großen Fortschritte und Erfolge des real existierenden Sozialismus kennengelernt haben.
Die DDR ist für uns ein Staat des Friedens und des Sozialismus im Herzen Europas. Die DDR ist zugleich Heimstätte der Völkerfreundschaft und der antiimperialistischen Solidarität. Alle fortschrittlichen und antiimperialistischen Bewegungen in der Welt geniessen die großmütige Hilfe und Unterstützung der DDR.

30 Jahre DDR sind ein Ansporn für uns in unserem Kampf für nationale und soziale Befreiung. Wir teilen Ihre große Freude und wünschen Ihnen weitere Erfolge.

Hochachtungsvoll Türkischer demokratischer Arbeiterverein e.V.
Paul-Lincke-Ufer 42-43, 1000 Berlin (West) 36

Hochschulmisere in der Türkei



Universität Ankara:Die Studenten können die Vorlesungen unter strengem Militäteisatz des Kriegsrechts besuchen

von TAHSIN YÜCELER

Der Paragraph 50 der türkischen Verfassung lautet:
"Eine der Hauptaufgaben des Staates ist die Sicherstellung der Bedürfnisse des Volkes an Bildung und Erziehung."

Wie aber sieht die Wirklichkeit aus..!
"12,8% der im Schulalter befindlichen Kinder haben keine Möglichkeit die Schule besuchen. Nach 5-jähriger Grundschulzeit können von 250 Abgängern nur 65 Schüler die Mittelschule (3-jährig) und davon nur 15 ein Gymnasium (3-jährig) besuchen. 15 Absolventen der Gymnasien steht lediglich ein einziger Studienplatz gegenüber." (Politika, 19.7.79).

Allein diese kurze Beschreibung beweist das verfassungswidrige bildungsfeindliche Gesicht der bürgerlichen Regierungen im 56-jährigen Bestehen des türkischen Staates.

Barrikade für Arbeiterkinder

"435 000 Kandidaten haben bei den Prüfungen geschwitzt." (Hürriyet vom 16.6.1979)
"Altan Günalp,Vorsitzender der Zentralen Stelle für Aufnahmeprüfungen (ÜSYM) teilte mit:"Die Hochschulbewerber müssen gegenüber dem Verkauf der gefälschten Lösung-Schlüsselblätter wachsam sein.Die Herausgabe wurde unter äußerst heimlichen Bedingungen vorbereitet". (Milliyet,8.6.1979)

Einmal jährlich finden in der Türkei Aufnahmeprüfungen zu den Hochschulen und Universitäten statt. Dieses Jahr fanden sie am 15.6.1979 in 35 der größten Städten der Türkei gleichzeitig statt.Die Aufnahmekapazitäten der Universitäten sind festgelegt. 38 452 Studienplätze stehen den 434 600 Hochschulbewerber gegenüber. Genau gesagt,396 000 Bewerber werden eliminiert.
Seit 15 Jahren werden diese Aufnahmeprüfungen durchgeführt. Was sind die Ursachen dieser unglaublichen Stagnation an den Hochschulen?
Diese Frage wird im 4. Entwicklungsplan(jeweils 5 jährig) zum Teil beantwortet: "Die Erziehung,die bei der Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und gesellschaftlich-wirtschaftlicher Entwicklung ein wirksames Mittel sein müßte, konnte diesen Auftrag in unserem Land aufgrund der vom Innenaufbau des Systems heraus und außerhalb dessen liegenden Beschränkungen nicht erfüllen."

Die gering gehaltene Aufnahmekapazitäten der Hochschulen und dem gegenüber die Orientierung des gesamten Bildungwesens zum Hochschulstudium prägt den heutigen Zustand. Die Anzahl der Hochschulbewerber nahm von Jahr zu Jahr überproportional zu. Die Tabelle 1 zeigt die Anzahl der Studiumbewerber von 1974 bis einschließlich 1979.

Die Quote der Erfolgreichen sinkt von Jahr zu Jahr. Hunderttausende von Kandidaten versuchten mehrmals über diese Barrikade zu springen. Die Eliminierten gliedern sich in die Arbeitslosenarmee von 5 Millionen ein.

Der sprunghafte Zunahme der Hochschulkandidaten steht eine geringfügige Zunahme (400 von 1974 bis 1979) der Studienplätze gegenüber.

TABELLE 1

Jahr	Prüfungs-teilnehmer	Studien-plätze	Prozent-satz
1974	224 492	37 271	16,6%
1975	271 195	68 498	25,2%
1976	308 542	40 525	13,13%
1977	345 522	36 294	10,50%
1978	358 137	37 419	10,45%
1979	434 600	37 602	8,65%

(Politika, vom 14.7.79)

Die beschränkte Aufnahmekapazität von 1975 ist auf die damals neu gegründeten Lehrerbildungshochschulen zurückzuführen.

Wer hat das Recht zu studieren?
Eine Barrikade für Arbeiterkinder.

Im vierten Entwicklungsplan, der vom staatlichen Planungsamt herausgegeben wurde, heißt es: "Bei der Zulassung zum Hochschulstudium wuchs die Chancenungleichheit unter den Absolventen der Gymnasien (Abiturienten) entsprechend der jeweiligen Region, der Siedlungsquote, des väterlichen Berufs, des Geschlechts und der Schularten erheblich.

Die bürgerlichen Familien lassen ihre Kinder ab der Grundschule e vielfältigen Möglichkeiten der Privatschulen (staatlich anerkann und der ausländischen Schulen, genießen.
Die privaten, ausländischen und einige bezüglich Lehrkräften und Unterrichtsmaterial besser ausgestatteten Schulen werden von Kindern besucht, die aus Groß- und mittelbürgerlichen Familien stammen.

Das Bildungsprogramm an diesen Schulen erfolgt meist in einer Fremdsprache.
Der Rest der allgemeinen Gymnasien werden von Kindern aus kleinbürgerlichen Familien besucht.

Dagegen besuchen Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien vorwiegend Berufs- oder technische Oberschulen.

Die Erhebung, die 1974 vom Statistischen Amt der Türkei in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Planungsamt durchgeführt wurde, stellte folgende Erfolgsquoten der Studenten je nach Schulart fest:

Art der Schule	Erfolgsquote
Privatschule	98,5%
Allgemeine Gymnasien	18,1%
Berufsoberschulen	9,9%
Technische Oberschulen	0,9%

Die Durchschnittsquote beträgt 16,6%.

Unter den erfolgreichsten 53 Prüfungsteilnehmern befanden s 1977 und 1978 Schüler aus folgenden Schulen:

1977	1978	
14	22	Gymnasium für Naturwissenschaften in Ankara
5	5	Atatürkgymnasium in Izmir
7	5	Bornova-Gymnasium in Izmir
9	11	Privatschulen

(entnommen der Tageszeitung "Politika" vom 19.7.79).

Chancenungleichheit nach Provinzen

Dieselbe Erhebung des Staatlichen statistischen Amtes von 1974 faßte die 67 Provinzen der Türkei nach ihren sozioökonomischen Strukturen in insgesamt 8 Gruppen zusammen.

Die folgende Tabelle zeigt die Erfolgsquoten der Prüfungsteilnehmer nach den Bewerbungsorten. Dabei ist der Anteil der Abiturienten, die zwar aus einer unterentwickelten Provinz kommen, sich aber in Großstädten beworben haben, außer acht gelassen.

Aufgrund der komplizierten Gruppenbildung können wir nur einige Beispiele zu Rate ziehen.

Gruppen	Anzahl der Prüfungsteilnehmer	Davon bestanden	Erfolgsquote
I	5.923	744	12,5%
II	5.192	527	10,5%
III	13.343	1.195	8,9%
IV	27.797	2.190	7,8%
V	18.331	1.724	9,4%
VI	21.956	3.973	18,1%
VII	36.212	6.988	19,6%
VIII	12.390	5.572	15,3%
insges.	165.625	23.086	13,9%

(Angaben des Staatlichen Statistischen Amtes, 1974).

Die Gesamtzahl der Teilnehmer von 165.625 erfaßt nur die Absolventen der Gymnasien aus dem Jahre 1974, also nicht die des vorangegangenen Jahres.

Die Tabelle zeigt, daß die Gruppe IV, zu der 19 Ostanatolische Städte gehören, die niedrigste Erfolgsquote aufweist.
Die Gruppe VI, zu der Izmir und die Gruppe VII, zu der Istanbul gehört, faßt nur westanatolische Städte zusammen.
Zur Gruppe VIII gehören Ankara und umliegende mittelanatolische Städte.
Die höchste Erfolgsquote von 25,6% liegt bei den Bewerbern aus Istanbul, die niedrigste Quote von 3,5% bei den Bewerbern aus der ostanatolischen Stadt Hakkari.

Die Unterschiede in den E folgsquoten sind jedoch nicht innerhalb der verschiedenen Orte zu verzeichnen, sondern auch innerhalb einer Stadt und sind entsprechend den Lehrkräften und Unterrichtsmaterial unterschiedlich.
Die Schüler aus den Randgebieten der Großstädte sind ebenso unterversorgt wie die einer ostanatolischen Stadt.

Aus oben genannten Tatsachen heraus werden die Eltern gezwungen, ihre Kinder auf ausländische Schulen zu schicken. In diesem Jahr haben 17.146 Schüler an den Aufnahmeprüfungen der insgesamt 11 ausländischen Schulen teilgenommen, die eine Gesamtkapazität von 672 Plätzen haben.

Die **Erfolgsquote der Prüfungsteilnehmer** nach dem Einkommen der **Eltern nach dem Preisindex** von 1974.

Familieneinkommen in TL/mtl.	Prüfungsteilnehmer	Bestanden	Quote
0 - 999	27.406	2.222	8,0%
1.000 - 1.999	62.791	6.928	11,0%
2.000 - 2.999	35.530	5.517	13,5%
3.000 - 3.999	16.458	3.169	19,2%
4.000 - 4.999	7.028	1.763	25,0%
5.000 - 5.999	6.253	1.461	23,0%
6.000 und mehr	6.251	1.563	25,6%
Unbekannt	3.858	463	12,0%

(Angaben des Staatlichen Statistischen Amtes)

Die zu der Einkommenshöhe proportional verlaufende Erfolgsquote ist ein Beweis dafür, daß ein sehr begrenzter Teil der Kinder von Arbeitern und Bauern die Chance für ein Hochschulstudium haben, obwohl sie den überwiegenden Teil der Bevölkerung ausmachen.

Ein Mittel des Profits

Die Stagnation der Hochschulkapazitäten führte zur Gründung von Schwindelschulen, die ausschließlich kurz- oder langfristige Kurse anbieten.
Vorbereitungskurse und -lehrgänge für die Aufnahmeprüfungen an den Hochschulen in naturwissenschaftlichen Fächern wie Mathematik, Chemie, Physik usw., laufen auf Hochtouren und werden zu ungeheuren Studienpreisen angeboten. Einige Kurse geben sogar eine Garantie für den erfolgreichen Abschluß der Aufnahmeprüfungen ihrer Kursteilnehmer.

Außer diesen, treiben alle diese unwissenschaftlichen Kurse auf Kosten der Studenten ihren Profit in unglaubliche Höhen. Allein in Istanbul betrug der Profit der privaten, ausländischen und Kursschulen 1978 14 Mrd.TL (zur damaligen Zeit war 1 DM=13,8TL, d.h. also 1 Mrd.DM).
183.000 Schüler besuchten diese Schulen, wobei wiederum die Kinder aus bürgerlichen Familien die qualitativ besseren Schulen besuchen konnten.

Doch die Ausbeutung der Studentenkandidaten geht noch weiter! Sie müssen für die Teilnahme an den Aufnahmeprüfung jährlich steigende Summen bezahlen. In diesem Jahr waren es umgerechnet 40 DM.

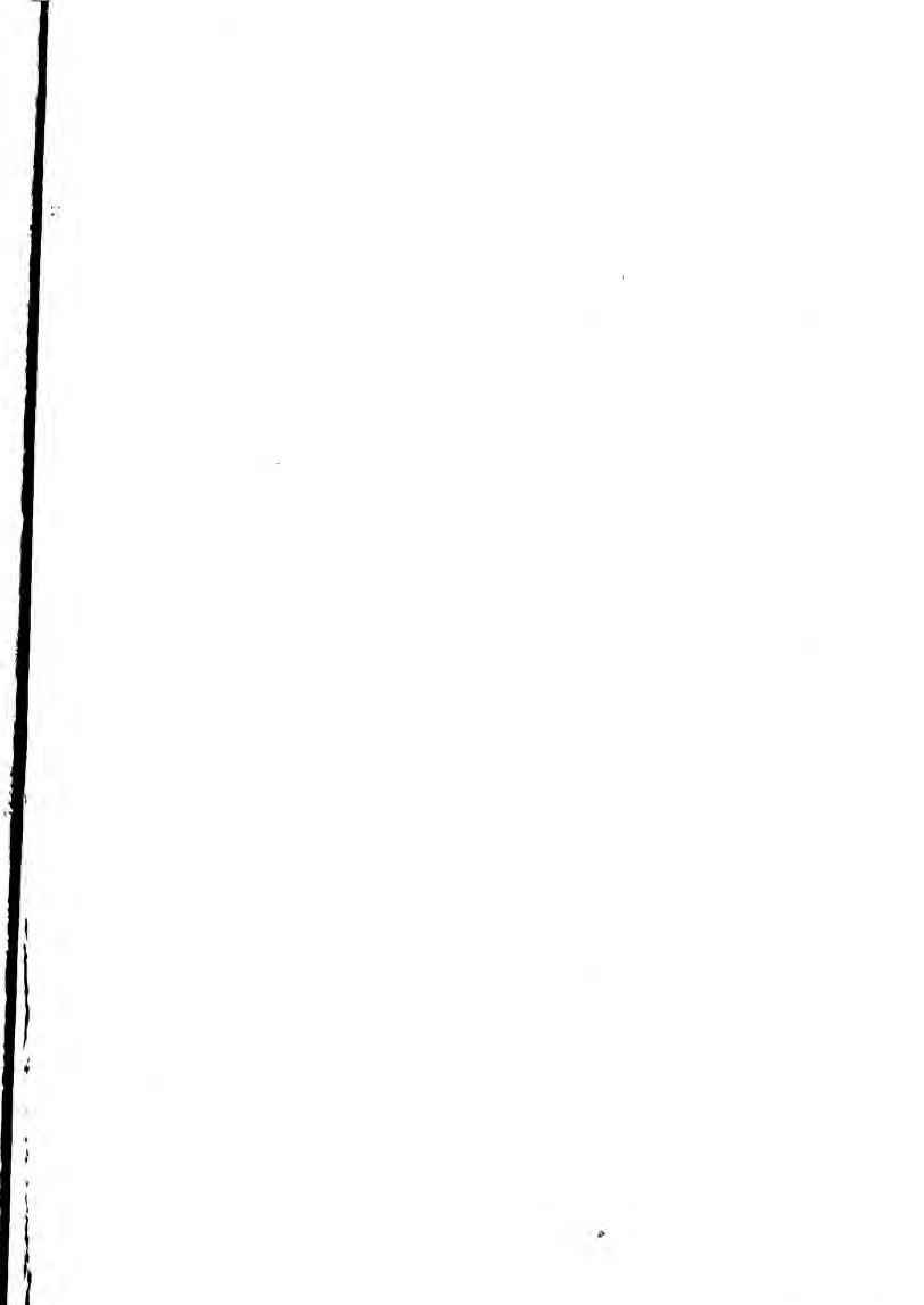
Die gesamte technische Organisation der Aufnahmeprüfungen wird vom Vorstand der "Zentralen Stelle für Aufnahmeprüfungen" an die Firma TEKSIS übertragen. TEKSIS und ihre Brudergesellschaft METEKSAN, diese beide Firmen profitieren von den durch die Studenten geleisteten Gebühren. In diesem Jahr beliefen sich die Gelder auf 200 Mio.TL (vor der Abwertung 1 DM= 14TL, also 14 Mio.DM).

Den Vorstand der "Zentralen Stelle für Aufnahmeprüfungen" bilden 5 Professoren, wobei die demokratisch gesinnten Professoren völlig entmachtet sind. Federführend sind Prof.Altan Gunlap (Vorsitzender) und Prof. Fatma Variş. Letzterer ist bekannt durch seine festen Beziehungen zur faschistischen MHP. Beide Professoren haben die besten Beziehungen zu o.g. Firmen.

Es stellt sich die Frage, was hunderttausende Studentenkandidaten tun werden, in einem Land mit einer Arbeitslosenarmee von 5 Millionen Menschen, in einem Land, in dem jährlich tausende von Demokraten dem faschistischen Terror zum Opfer fallen, in einem Land, das von einer tiefgreifenden sozialen, ökonomischen und politischen Krise heimgesucht wird.

Somit ist die Forderung der Studenten nach Demokratisierung des gesamten Bildungswesens eine mehr als berechtigte Forderung!

* * *





IMPRESSUM

Herausgeber : TBÖK, Gartenstr.96, 6000 Frankfurt/M. 70

Druck : Eigendruck, Katzbachstr.3, 1000 Berlin 61

Bestellung u.
Schriftwechsel: TTO, Katzbachstr.3, 1000 Berlin 61

Konto Nr. : 239 398-109 Postscheckamt Berlin - West

TÜRKEI HEUTE erscheint monatlich